

Kanzlerkandidat III

Eine Liste mit über 500 Fragen zu Nichtregierungs-Organisationen (NGO) stellt man nicht in kürzester Zeit zusammen, sondern da stecken Zeit und Arbeit drin. Wenn diese kurz nach der Wahl beim Bundesfinanzministerium als "Kleine Anfrage" eingebracht wird, dann wurde sie nicht aus einer Laune heraus erstellt, vor allem nicht, wenn viele der NGOs sich gegen die Maßnahme des Kandidaten verwahrten einen Gesetzentwurf mit Hilfe der Rechten durch das Parlament zu bringen, der nicht nur ausländerfeindlich, sondern auch in Teilen rechtswidrig war.

Das riecht doch sehr nach einer Retourkutsche gegenüber Kritikern, wie man sie von autoritären Systemen, aber auch von US-Präsident Trump kennt. Das ist kein guter Anfang einer neuen Regierung, sondern zeigt, dass der Kandidat gut darin ist Gräben aufzureißen, aber weniger gut sie auch wieder zu schließen.

Die NGOs haben nach seiner Sicht mit ihren Demonstrationen gegen sein Verhalten gezeigt, dass sie nicht auf seiner Seite stehen, sondern "links" oder "Spinner" seien. Dass Deutschland eigentlich stolz sein könnte, dass so viele Bürger aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft seinen Trick (Zusammenarbeit mit rechter, z.T. Verfassungs-feindlicher Partei), der in der Bundesdeutschen Geschichte einen Kulturbruch darstellt, nicht gut finden und dagegen protestieren. Das zeugt von einer wachen Bürgerschaft, die sich auf demokratische Weise zu Wort meldet, wenn sie dazu einen Anlass sieht. Die CDU/CSU sieht darin eine Verletzung des Neutralitätsgebotes. Aber kann politische Betätigung überhaupt neutral sein? Deshalb wollte die Ampel ja das Gemeinnützigkeitsrecht ändern.

Diese Liste ist auch deshalb zum jetzigen Zeitpunkt dumm, weil er noch keine Koalition hat und er auf mindestens einen Koalitionspartner angewiesen ist, den man nicht vorab vergraulen sollte. Aber vermutlich ging es ihm darum zu zeigen, wer der Herr im Haus ist, und dass jetzt eine neue Zeit angebrochen sei. Das wieder weist darauf hin, dass er seiner Sache nicht so sicher ist, wie er tut. Wer wirklich mächtig ist, muss das nicht demonstrieren und Menschen vor den Kopf stoßen, die man vielleicht noch brauchen könnte.

Mit dieser Art von Politik könnte er mögliche Koalitionspartner so abschrecken, dass wir Verhältnisse, wie in Österreich bekommen, wo die Regierungsbildung unter Demokraten im ersten Anlauf scheiterte. Im zweiten Anlauf hätten die Rechten ebenfalls einen Partner gebraucht und scheiterten ebenfalls. Nun versuchen die demokratischen Parteien einen dritten Anlauf.

Angenommen, der mögliche Koalitionspartner meint, dass er so eine "Herr-im-Haus"-Politik nicht mittragen könne, bliebe ihm entweder eine Minderheitsregierung, oder gar - allen Beteuerungen zum Trotz - eine Koalition mit den Rechten, die dann eine satte Mehrheit hätte, die ihm ein Durchregieren ermöglichen würde. Dann hätte er zwar die Macht, aber wohl auch heftigen Gegenwind durch die Bürger, vielleicht auch aus dem Ausland. Ein autoritäres bis nationalsozialistisches Deutschland wäre den Nachbarn vermutlich unheimlich.

Ebenso wahrscheinlich würde Deutschland als Ziel für Flüchtlinge und Arbeitskräfte weniger anziehend, so dass sich der Personalmangel im Land weiter verschärfen würde und die Renten - mangels Zuzug von arbeitenden Beitragszahlern - noch weniger sicher sind.

Selbstverständlich würde er sich damit heraus zu reden versuchen, dass die anderen demokratischen Parteien ihn im Stich gelassen hätten, ihrer Staatspolitischen Verantwortung nicht gerecht geworden seien, so dass ihm gar nichts anders übrig geblieben wäre, um dem Land zu dienen, als mit den Rechten zu paktieren. Etwas Ähnliches kennt man als "Dolchstoßlegende" vom Ende des ersten Weltkrieges. Dass er mit seinem Verhalten selbst mit dazu beitrug, dass man ihm nicht mehr glaubt und Zweifel an seiner Redlichkeit hat, will er wohl nicht sehen.

Was bedeutet das für Deutschland? Der Kanzlerkandidat ist eher einer der spaltet, als ein Kanzler für alle Bürger, wie es viele klügere Politiker zumindest anfangs behaupten. Damit vertieft er die Spaltung der Gesellschaft, die schon allein durch die Einkommensunterschiede seit Jahren wächst. Das stärkt eher die Extremen, vor allem die Rechten, die sich nach Ruhe und Ordnung sehnen, aber die Demokratie nicht sonderlich mögen. Es besteht also unter der neuen Regierung die Gefahr eines weiteren Demokratie-Abbaues. Dafür spricht auch, dass das Wahlverfahren wieder geändert werden soll. Allerdings nicht, wie es logisch wäre, indem man die Zahl der Wahlkreise an die Zahl der Sitze im Parlament anpasst, sondern durch Rückkehr zum alten Wahlrecht, das seine Partei bevorzugte.

Wenn eine zukünftige Regierung solche Politik betreibt, bewahrheitet sich die Aussage von Weizsäcker aus den 1980er Jahren einmal mehr: "Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht." Das führt dazu, dass nicht das Notwendige geschieht, sondern vor Allem das, was den Mächtigen gefällt.

Längst ist klar, dass die vielfältigen Versprechungen aus der Zeit vor der Wahl mit den beschränkten Mitteln, die zur Verfügung stehen, nicht erfüllt werden können. Dabei kommen zusätzliche Aufgaben durch den von Putin ausgelösten Krieg und die politische Instabilität der USA noch hinzu, die jene Mittel schmälern, die man eigentlich in die Bekämpfung des Klimawandels stecken müsste, um eine weitere Erwärmung zu verhindern. Wenn das aus Mangel an politischem Willen, oder aus Mangel an Geld nicht geschieht, wird es auf Dauer noch sehr viel teurer, da es immer günstiger ist, einen Schaden zu vermeiden, als ihn zu reparieren.